



Medieninformation

Dezentralisierung und Individualisierung der Arbeitsmarktinstrumente gefordert

Arbeitsgespräch zwischen Hartfrid Wolff, stv. FDP-Landesvorsitzender, und Wolfgang Sartorius von der ERLACHER HÖHE

(Großarlach, 20.07.2011) Was hinter dem geplanten Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt tatsächlich steht, das erörterten gestern Hartfrid Wolff (FDP) und Wolfgang Sartorius bei einem Arbeitsgespräch. Dabei informierte sich der stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg intensiv über die Auswirkungen der Reform auf Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Einig waren sich der liberale Bundestagsabgeordnete und der Leiter des diakonischen Sozialunternehmens dahingehend, dass die geplante pauschale Deckelung der Betreuungsvergütungen nochmals in ihren Auswirkungen genauer unter die Lupe genommen werden müsste. Wolfgang Sartorius zeigte anhand konkreter Beispiele aus der Arbeit der ERLACHER HÖHE, dass über die bestehenden Arbeitsförderungsmodelle Betroffene bislang individuell meist so gefördert werden konnten, dass berufliche Eingliederung ganz oder teilweise möglich wurde: „Werden die Betreuungspauschalen nun auf 120 Euro im Monat gedeckelt, ist keine individuelle Förderung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen mehr möglich. Die Leute werden in Hartz IV festgehalten, obwohl sie mit geringem finanziellen Aufwand für den Staat, Chancen darauf hätten, ihr tägliches Brot selbst zu verdienen.“ Hartfrid Wolff, ebenso stellv. Kreisvorsitzender der FDP Rems-Murr, plädiert in diesem Zusammenhang für mehr Bürokratie-Abbau und Dezentralisierung bei der Bundesagentur für Arbeit. „Ich halte es für grundsätzlich besser, lokale Aspekte mit berücksichtigen zu können und die Förderung von Menschen nicht zentralistisch vorzugeben. Es muss einen Wettbewerb der besseren Konzepte geben“, meinte dazu Hartfrid Wolff. Seine Partei setze auf die Regionalisierung und persönliche Budgets in Form des Bürgergelds, um individuelle Teilhabemöglichkeiten zu gewährleisten. Die geplante Reform, die heute unter dem Begriff „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ firmiert, schränkt nach Sicht vieler Wohlfahrtsverbände sinnvolle Instrumente wie z. B. Beschäftigungszuschüsse (§ 16e SGB II) oder Arbeitsgelegenheiten zur Eingliederung in den freien Arbeitsmarkt so ein, dass sie keine nennenswerten Hilfen mehr darstellen. Das Gesetz soll im September dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt werden und im April 2012 in Kraft treten. Mit dem Gesetz in Verbindung stehen massive Kürzungen im Sozialbereich. Allein in Baden-Württemberg belaufen sich diese in diesem Jahr auf rund 286,5 Mio. Euro und in den Folgejahren 2012-2015 auf nochmals ca. 3,1 Mrd. Euro. „So werden bundesweit rund eine halbe Million Menschen mit echtem Förderungsbedarf ihrer Chancen auf Arbeit und Teilhabe beraubt und sind zur Abhängigkeit von staatlichen Töpfen gezwungen“, so Wolfgang Sartorius. Um den Gesetzesentwurf zu stoppen, setzt die ERLACHER HÖHE auf Information und Gespräche. So haben die Großarlacher alle Bundestagsabgeordneten der sechs württembergischen Landkreise, in denen sie vertreten ist, um Gespräche gebeten.

BU1: Fordern angesichts der drohenden Pauschalisierungen bei den Arbeitsinstrumenten mehr Dezentralisierung und Individualisierung: Hartfrid Wolff (FDP) und Wolfgang Sartorius von der ERLACHER HÖHE

Herausgeber: ERLACHER HÖHE, 71577 Großarlach

Ansprechpartnerin: Andrea Hohlweck, Öffentlichkeitsreferentin
Tel. 0 71 93 / 57 - 117

verantwortlich: Wolfgang Sartorius, Vorstand
Tel. 0 71 93 / 5 7- 100

Datum und Zeit: 21/07/2011

Vielen Dank, wenn Sie unsere Arbeit durch Veröffentlichung unserer Pressemitteilung unterstützen. Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns einfach an!